

## C. 8 Zum Umgang mit rechten Parteien in Parlamenten!

Beschluss des 2. Landesparteitages DIE LINKE. Sachsen vom 11. Oktober 2008

---

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen empfiehlt den durch DIE LINKE nominierten MandatsträgerInnen in Parlamenten und kommunalen Vertretungskörperschaften folgenden Umgang mit rechten Parteien, Bündnissen bzw. ihren VertreterInnen und ihrem Handeln:

1. Die durch DIE LINKE aufgestellten Abgeordneten in Parlamenten und kommunalen Vertretungen stimmen Anträgen rechter Parteien, Bündnisse bzw. ihrer VertreterInnen nicht zu.
2. Kooperationen, Absprachen oder Gespräche jenseits des parlamentarisch Notwendigen sind ausgeschlossen, die VertreterInnen der LINKEN werben für diese Position bei den anderen demokratischen Parteien.
3. Es wird angestrebt, mit den anderen demokratischen Parteien gemeinsame Verfahrensweisen festzulegen, die es den Rechten erschweren, die Tagungen der kommunalen Vertretungskörperschaften bzw. Parlamente zur Propagierung ihrer Vorstellungen zu nutzen. Jedoch sollten die Hauptsatzung und die Geschäftsordnung nicht auf Grund der Präsenz rechter Parteien oder Bündnisse verändert werden.
4. Bei Anträgen rechter Parteien, Bündnisse bzw. ihrer VertreterInnen sollte zwischen den demokratischen Parteien und Wählerbündnissen vereinbart werden, diese ausdrücklich politisch begründet zurückzuweisen. Trotz aller politischen Unterschiede soll sich dabei nur mit den Rechten-Anträgen auseinandergesetzt werden.
5. Die Fraktionen der LINKEN erarbeiten Strategien zur Auseinandersetzung mit den rechten Parteien und deren VertreterInnen in den Gemeinden und Kreisen und kooperieren dabei mit zivilgesellschaftlichen Institutionen bzw. antifaschistischen Gruppen und Organisationen.
6. Die Mitglieder der LINKEN in den kommunalen Vertretungskörperschaften treten aktiv gegen Aktionen oder Aufmärsche der NPD und anderer rechter Gruppierungen auf und unterstützen Gruppen, Organisationen bzw. Personen, die öffentlich dagegen protestieren.
7. In Erklärungen, die in kommunalen Vertretungskörperschaften gegen Aktionen oder Aufmärsche der NPD und anderer rechter Gruppierungen beschlossen werden, sollte keine Relativierung rechten Gedankengutes vorgenommen werden.

---

### **Begründung:**

Erfolgte mündlich.

f.d.R.  
Rico Gebhardt  
Landesgeschäftsführer

11. Oktober 2008, Markneukirchen